Der Friede von Versailles

Wirtschafts- und sozialpolitische Ausblicke

von

Adolf Braun



Berlin
Verlag von Julius Springer
1919

Sonderabdruck aus
„Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung“
VI. Band, Heft 5/6

940.9117
B73f

Friedensverträge waren bisher — jedenfalls viel zu ausschließlich — das Forschungsgebiet der Historiker und, bevor diese an die Arbeit gingen, das Betätigungsgebiet der Politiker. Natürlich konnte nicht übersehen werden, daß auch mit den früheren Friedensverträgen finanzielle Wirkungen verknüpft waren. Aber selbst die den Zeitgenossen der Reichsgründung zuerst unfaßbar erschienene Forderung von 5 Milliarden Franken wurde weniger als wirtschaftliches Objekt, wie als politische Tat gewertet. So wenig zweifelhaft es sein kann, daß die Abtretung Elsaß-Lothringens auf das tiefste in unser wirtschaftliches Leben einschnitt, vor allem in das Schicksal der Textilindustrien, so wurde doch selbst von einem Mann wie Adolf Wagner[1]) die Einverleibung Elsaß-Lothringens in der Zeit der Friedensvorbereitung und der ersten Friedenswirkung als eine nationale und damit als eine politische Angelegenheit, und nicht als eine ökonomisch und sozialpolitisch folgenschwere Änderung unseres wirtschaftlichen Zustandes be-

[1]) Elsaß-Lothringen und ihre Wiedergewinnung für Deutschland. Leipzig 1870. Spätere Auflagen 1871. In der 90 Seiten starken Schrift sind kaum zwei wirtschaftlichen Betrachtungen, fast ebenso viele der Annexion der deutschen Schweiz gewidmet. Erst als die Ausschreitungen des Gründertums in Erscheinung traten, hat sich Adolf Wagner in Holtzendorffs Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung usw. des Deutschen Reichs, III. Band (1874), S. 85 ff. u. auf den S. 228 ff. im 22. Bande der Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik (1874) über die volkswirtschaftlichen Wirkungen der französischen Kriegsentschädigung ausgesprochen. Zu der Frage der Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens hat nur Gustav Meyer, Mitglied der Crefelder Handelskammer in seiner Schrift „Elsaß-Lothringen“ (Bielefeld, 1870) vom wirtschaftlichen Standpunkte Stellung genommen. Aus dieser Schrift (S. 18) ersieht man, daß die preußische Regierung von den Handelskammern und hervorragenden Industriellen Gutachten und Ratschläge über die Annexionen — leider ohne die Schlußfolgerungen aus ihnen zu ziehen — einforderte.

Gen. War 11 B 2054.20
p43913

wertet. Sechszehn Jahre später hat Herkner in seiner umfangreichen Doktordissertation über „Die oberelsässische Baumwollindustrie und ihre Arbeiter“[1]) und in der sich daran anschließenden Polemik[2]) auf die sozialen Wirkungen des Frankfurter Friedens hingewiesen. Es wäre freilich falsch, anzunehmen, daß Bismarck für die wirtschaftlichen Wirkungen der Annexion blind gewesen wäre, der er, so vor allem hinsichtlich des Textilemporiums Mülhausen, sehr kühl gegenüberstand. Bis in die Sozialdemokratie hinein wurde der Frankfurter Frieden fast ausschließlich unter außenpolitischen und nationalen Gesichtspunkten betrachtet.

So schwer uns die Deutschland aufgezwungenen territorialen Änderungen treffen, so stark jeder — wenn auch im Ton verschieden — die moralische Niederdrückung des deutschen Volkes durch den Versailler Friedensvertrag empfindet, so überragen doch im Fühlen und Denken unseres Volkes die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen des Friedensvertrages alle anderen Erwägungen. Damit soll durchaus nicht die Meinung erweckt werden, daß das deutsche Volk heute idealen Erwägungen mehr abgeneigt ist als die Generation von 1870/71. Der Deutschland aufgezwungene Friedensvertrag ist nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Absichten erwachsen, er muß soziale Effekte zeitigen. Auch die einschneidenden territorialen Änderungen werden neben allen anderen, früher allein in Betracht gezogenen Wirkungen in hohem Maße als wirtschaftliche Wirkungen, die sie hervorrufen müssen, abgeschätzt. Wenn dies hier ganz nüchtern und rein von wirtschaftlichen Erwägungen ausgehend und zu ökonomischen Folgerungen gelangend, geschieht, so sind damit durchaus nicht die Gesichtspunkte erschöpft, unter denen der Verfasser die Friedensbedingungen der Entente betrachtet.

Im zwanzigsten Jahrhundert, in der Zeit des hochentwickelten Kapitalismus ist der in früheren Zeiten oft verhüllte Zusammenhang von Wirtschaft und Krieg auch den nicht zu wirtschaftlichem Denken vorbereiteten Männern zum Bewußtsein gekommen, so beim Burenkrieg, so beim russisch-japanischen Krieg. Die wirtschaftlichen Ursachen des Weltkrieges können

---

[1]) Straßburg 1887.

[2]) Vor allem die oberelsässische Baumwollindustrie und die deutsche Gewerbeordnung. Straßburg 1887.

trotz allem Suchen nach dem persönlichen Verursacher des Krieges nicht bestritten werden. Noch deutlicher und aktenmäßig leichter nachweisbar als die wirtschaftliche Verursachung des Krieges sind die wirtschaftlichen Wirkungen, die die Sieger in dem Friedensvertrag zu sichern bemüht sind.

Die Entente erstrebt eine grundstürzende Verschiebung der Produktionsvoraussetzungen in Deutschland und damit eine andere Verteilung der Produktivkräfte in Europa, den Ausgleich der Kriegswirkungen in Frankreich und in Belgien, darüber hinaus aber auch die Stärkung der weltwirtschaftlichen Stellung der Sieger, zuungunsten Deutschlands.

Der von der Entente auferlegte Friedensvertrag steht ohne Beispiel in der Wirtschaftsgeschichte wie in der politischen Geschichte da. Das etwaige Ergebnis der von der Entente geforderten Bedingungen des Friedens läßt sich mit weit größerer Wahrscheinlichkeit als die wirtschaftlichen Nachwirkungen des Krieges abschätzen.

Der Krieg hatte ein weiteres Gebiet ergriffen als irgendein vorausgegangener. Die wirtschaftlichen Verschiebungen dieses Krieges zwingen Deutschland besondere Erschwerungen der Produktion und damit Einengungen der Exportmöglichkeiten auf. Die Nachteile für die meisten europäischen Wirtschaftskörper werden durch die Vorteile der Volkswirtschaften der neutral gebliebenen Staaten auch nicht im entferntesten ausgeglichen werden können. Eine Kapitalliquidität wie in Deutschland unter den Nachwirkungen des deutsch-französischen Krieges ist ausschließlich in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Japan zu erwarten und für Argentinien vielleicht möglich. Als Nachwirkung des Krieges von 1870/71 haben wir nicht nur einen Unternehmungsgeist in Deutschland zu bestaunen gehabt, wie er niemals zuvor möglich war, sondern auch die Raschheit der wirtschaftlichen Erholung Frankreichs trotz des verlorenen Krieges, trotz der Kriegsentschädigung, trotz der politischen Umwälzung und Unruhe in den Jahren nach dem Kriege, trotz der tiefen Erschütterung des Proletariats infolge der Niederwerfung der Kommune. Ein ähnliches Aufblühen des besiegten Staates wie damals können auch die Sieger in Europa für absehbare Zeit nicht erwarten. Man muß mit der Möglichkeit einer Verschiebung des weltwirtschaftlichen Schwerpunktes von Mittel- und Nordwesteuropa nach den

Vereinigten Staaten und auch nach Japan rechnen. Selbst die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs, seine Welthandelsstellung und sein Vorsprung im transozeanischen Verkehr haben sich während des Weltkrieges zugunsten der Vereinigten Staaten verschoben. Keine Bedingung des Friedensvertrages, selbst die vollkommene Vernichtung der wirtschaftlichen Selbständigkeit Deutschlands, vermag an der Verschiebung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes von der Volkswirtschaft der europäischen Sieger auf die der anderen Entscheider des Krieges etwas erhebliches zu ändern.

Die Minderungen des deutschen Territoriums haben natürlich auch große wirtschaftliche Wirkungen. Das Deutsche Reich stand in Europa an der dritten Stelle der Staaten nach seinem Flächeninhalte. An zweiter Stelle stand Österreich-Ungarn, das nach seiner Zerschlagung weit zurückrücken muß. Frankreich, Spanien und Schweden dürften nach der Neugestaltung der Grenzen in Europa einen größeren Flächeninhalt aufweisen als das stark beschnittene Deutsche Reich. An Volkszahl stand das Deutsche Reich nach Rußland an vorderster Stelle unter den europäischen Staaten. Es dürfte diese Stelle behalten, denn Frankreich wird trotz des Zuwachses von Elsaß-Lothringen die Volkszahl der verkleinerten deutschen Republik nicht erreichen. Aber wichtige Gebiete für die Versorgung Deutschlands mit Lebens- und Futtermitteln wie mit Rohstoffen und Hilfsstoffen unserer Industrie werden Deutschland abgesprochen. Vollständig geht Elsaß-Lothringen verloren, damit überaus wertvolle Minettevorkommen, eine hochentwickelte Textilindustrie, vielbeneidete Kalilager, um nur die wichtigsten wirtschaftlichen Vorzüge des gerade für diesen Krieg so bedeutsam gewordenen Landes festzustellen. Im Osten verlieren wir dauernd die für unsere Lebensmittelversorgung mittelbar und unmittelbar sehr wichtigen westpreußischen und posener Gebiete und vielleicht auch mehr als den nördlichsten Teil des ostpreußischen Gebietes. In Oberschlesien könnte uns ein Gebiet mit überreichen Kohlenschätzen, mit wichtigen Zinkvorkommen und mit sonstigen großen Naturschätzen verloren gehen. Mit zeitweisem, vielleicht auch mit dauerndem Verlust des Saarreviers, einer der bedeutsamsten Kohlenförderungsstätten Deutschlands, werden wir zu rechnen haben. Außerdem kommt der Verlust von Eupen und Malmedy, Gebieten mit großem Waldreichtum, in Frage. Vielleicht werden wir

auch für sehr lange Zeit, auf das übrige linksrheinische Gebiet zu verzichten haben. Als Pfand gesichert, als strategisches Aufmarschgebiet ins Auge gefaßt, soll es zwar nicht annektiert werden, aber in der Verfügungsgewalt Frankreichs und Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Belgiens bleiben. Jedenfalls soll das Gebiet aus dem deutschen Wirtschaftskörper für die Zeit der Besetzung ausgeschaltet bleiben, durch Zölle, vielleicht auch durch andere Maßregeln wird dieses Gebiet von der Versorgung mit deutschen Industrieprodukten abgehalten werden, die Bildung einer englischen Handelskammer in Köln, die Bereisung der Rheinlande durch Handelsvertreter der Ententestaaten weisen darauf hin, daß das linksrheinische Gebiet ein vom Deutschen Reiche gesondertes Wirtschaftsleben in den nächsten Jahren führen dürfte. Bei der hohen industriellen Entwicklung dieses Gebietes, bei seinem großen Reichtum an Naturschätzen, bei der Tüchtigkeit und hohen Konsumkraft seiner Bevölkerung, die in manchen Strichen die steuerkräftigste des Deutschen Reiches ist, erscheint dieser, hoffentlich nur zeitweise Verlust ganz besonders schmerzhaft. Auch die anderen territorialen Verluste werden, wenn auch nicht so stark, auf unser Wirtschaftsleben unerfreuliche Wirkungen ausüben.

Der Friedensvertrag sichert den Angehörigen der Entente die vollste Freizügigkeit und das Niederlassungsrecht aller Staatsangehörigen der Ententemächte in Deutschland und damit auch gelben und schwarzen Arbeitern. Die weiteste Meistbegünstigung werden alle Ententestaaten für ihre Handels- und Verkehrsinteressen in Deutschland genießen. Nach der nicht in absehbarer Zeit erfolgenden Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund werden erst die Angehörigen Deutschlands die Möglichkeit des Handelsverkehrs über die deutschen Grenzen hinaus haben. Da die Entente unsere Gesetzgebung in allen wirtschaftlichen Beziehungen beeinflussen dürfte und da sie auch die deutschen Handelsnachrichten durch die Besitznahme der Kabel und durch die geforderte Kontrolle der drahtlosen Telegraphie rascher kennen lernen will als die Adressaten, kommt der deutsche Welthandel, soweit er überhaupt möglich werden sollte, in ein überaus ungünstiges Abhängigkeitsverhältnis von den Mächten der Entente.

Unsere Produktionsvoraussetzungen wie unser aktiver Handel werden eingeengt durch die Ablieferung von Schiffen, Vieh, Kohlen, von Hilfsstoffen und Fabrikaten der chemischen Industrie.

Die harten Friedensbedingungen dürften unsere industriestaatliche Entwicklung retrograd bestimmen, ihre durch den Krieg auf das äußerste gefährdete Widerstandsfähigkeit noch mehr erschüttern und ihre Wettbewerbsmöglichkeit fast vollkommen in Frage stellen.

Es wird langer Zeit bedürfen, bis die Voraussetzungen für das Ziehen der wirtschaftlichen Bilanz des Weltkriegs gegeben sein werden. Doch ist man sich durchaus klar, daß der Krieg die ungeheuerste Erschütterung der Weltwirtschaft, die vollständige Richtungsänderung der volkswirtschaftlichen Entwicklung aller Staaten, eine ganz neue Gestaltung der Verkehrswirtschaft, eine von Grund aus neue Handelspolitik wie Produktionspolitik, eine Umkehrung und doch wieder auch eine Neubildung der Sozial- und ebenso der Lohnpolitik erzwungen hat oder bald erzwingen wird. Volkswirtschaft wie Finanzen, auch des Geld-, Kredit- und Bankwesen wurden durch den Weltkrieg in allen Staaten über alle früher gedachten Möglichkeiten hinaus erschüttert.

Nicht nur die Besiegten, auch die Sieger haben durch den Krieg unerhörte, unwiederbringliche Verluste erlitten, viele, die nicht auf wirtschaftlichem Gebiete liegen, aber auch unerträgliche im Rahmen der Volkswirtschaft. Gewaltige Verschiebungen hat die ungleichmäßige Wirkung des Krieges hervorgerufen.

Diese Verschiebungen, die schon der Krieg zum Schaden Deutschlands in Erscheinung treten ließ, werden durch die Bedingungen des Friedensvertrages zu Ungunsten Deutschlands so übertrieben, daß Deutschland, bis zum Jahre 1914 eine der drei größten Industriemächte der Welt, im wesentlichen aus der Weltwirtschaft ausgeschaltet werden könnte und wegen der verminderten Konsumkraft seiner heimischen Bevölkerung wie wegen der Abtrennung wichtiger Landesteile, die für die Warenproduktion von höchster Bedeutung gewesen sind, seinen wirtschaftlichen Charakter auf das gründlichste ändern dürfte.

Die Friedensbedingungen von Deutschlands Gegnern[1]) zwingen in den Artikeln 264 ff.[2]) Deutschland zur weitestgehenden Meist-

---

[1]) Wir verweisen bei Beziehung auf die Friedensbedingungen auf den „Entwurf eines Gesetzes über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten“ (Nr. 478 der Drucksachen der Verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 7. Juli 1919). Die Seitenzahlen beziehen sich auf die deutsche Übersetzung des französischen und englischen Textes. Der Kürze wegen zitieren wir „Friedensbedingungen.“

[2]) Friedensbedingungen S. 158 ff.

begünstigung in der Handels-, Verkehrs- und Niederlassungspolitik, ohne daß irgendeine Gegenseitigkeit zugunsten Deutschlands vor seiner Aufnahme in den Völkerbund zu erwarten ist. Im Artikel 297b[1]) behalten sich die „alliierten und assoziierten Mächte das Recht vor, alles Eigentum, alle Rechte und Interessen der deutschen Reichsangehörigen oder der durch sie beherrschten Gesellschaften innerhalb ihrer Gebiete, ihrer Kolonien, Besitzungen und Schutzgebiete, einschl. der Gebiete, die ihnen durch den gegenwärtigen Vertrag abgetreten worden sind, zurückzubehalten und zu liquidieren. Die Liquidation erfolgt nach den Gesetzen des interessierten alliierten oder assoziierten Staates“. Hieraus kann man schließen, daß die alliierten und assoziierten Staaten künftighin die persönliche Niederlassung von Deutschen oder die Einrichtung von deutschen Filialfabriken, Agenturen, geschäftlichen Niederlassungen, Aquirierungsbureaus, Ausstellungen, Exportlagern, technischen Beratungsstellen, Bankfilialen, Tochtergesellschaften, Interessengemeinschaften aller Art u. dgl. auf ihrem Gebiete nicht dulden wollen. In dem Artikel 297h 2[2]) behält sich jede alliierte und assoziierte Macht vor, über den Ertrag des Eigentums, der Rechte und Interessen und über das Barguthaben der deutschen Reichsangehörigen zu verfügen. Vergleicht man mit dieser völligen Ausschließung deutscher wirtschaftlicher Betätigung im bisher feindlichen Auslande die Rechte, die sich die alliierten und assoziierten Mächte in Deutschland für ihre eigenen Staatsangehörigen sichern, so ergibt sich nicht nur der Ausschluß Deutschlands aus seinen wichtigsten weltwirtschaftlichen Beziehungen, die Absperrung Deutschlands von den entscheidenden fremden Märkten, sondern auch die Absicht, Deutschlands zum Exploitationsgebiet der Entente zu machen. Man muß an die englische Kolonialpolitik des achtzehnten Jahrhunderts, die freilich den Abfall der Neuengland-Staaten und deren Aufstieg zur weltgeschichtlichen Größe zur Folge hatte, denken, um die Tendenzen völlig zu verstehen, die die wirtschaftlichen Friedensbedingungen so fassen ließen, wie sie Deutschland aufgezwungen werden. Während Deutschlands Industrieprodukte vom Weltmarkte abgeschnitten werden sollen, die Mittel seines Nachrichtendienstes durch die Auslieferung der deutschen Kabel und durch die Kontrolle der

[1]) Friedensbedingungen S. 180.
[2]) Friedensbedingungen S. 183.

drahtlosen Telegraphie der schärfsten Konkurrenz überantwortet werden, die deutsche Handelsflotte bis auf einen kaum für die beschränkteste Küstenschiffahrt ausreichenden Rest abgeliefert werden soll, auf alle Kolonien verzichtet wird, muß sich Deutschland ohne die geringste Hoffnung auf Gegenseitigkeit im Artikel 264[1]) verpflichten, „die Natur der Erwerbserzeugnisse irgendeines der alliierten oder assoziierten Staaten bei der Einfuhr in das deutsche Gebiet ohne Rücksicht auf den Ort ihrer Herkunft keinen anderen oder höheren Zöllen oder Lasten, einschließlich der inneren Abgaben, zu unterwerfen als denen, die die gleiche Natur der Gewerbserzeugnisse irgendeines anderen der genannten Staaten oder irgendeines anderen fremden Landes unterworfen sind". Das ist die Bestimmung des berühmten § 11 des Frankfurter Friedensvertrags, aber nicht in einer Weise, die Frankreich jemals zu den Klagen veranlassen könnte, die von Méline und anderen französischen Handelspolitikern immer wieder erhoben wurden. Die Einseitigkeit der Meistbegünstigung zugunsten Frankreichs und seiner Alliierten steht im schroffen Gegensatz zu der freihändlerischen Bestimmung, die Bismarck in den Frankfurter Friedensvertrag hineingearbeitet hat. Die großen Industriemächte, die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien, dann auch Belgien, hoffen aus der Einseitigkeit Nutzen zu ziehen. Frankreich bekommt in dem Art. 268a[2]) den besonderen Vorteil eines gänzlich offenen Tores nach Deutschland. „Während eines Zeitraumes von fünf Jahren nach dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags sollen die Natur- oder Gewerbserzeugnisse, die aus den mit Frankreich vereinigten elsässischen und lothringischen Gebieten stammen oder herkommen, bei ihrem Eingang in das deutsche Zollgebiet vollständige Zollfreiheit genießen. Die französische Regierung behält sich vor, alljährlich durch einen der deutschen Regierung mitzuteilenden Beschluß die Art und Menge der Erzeugnisse festzusetzen, die diese Befreiung genießen sollen." Wohl ist diese Bedingung eingeengt durch die weitere, daß die Mengen jedes Erzeugnisses, die so im Jahre nach Deutschland geschickt werden können, den Jahresdurchschnitt der im Laufe der Jahre 1911 bis 1913 versandten Mengen nicht überschreiten dürfen, aber die Voraus-

[1]) Friedensbedingungen S. 158.
[2]) Friedensbedingungen S. 159.

setzungen dieser Begrenzung sind kaum sicher zu schaffen, jedenfalls werden strittige Fälle kaum mit guten Aussichten für Deutschland entschieden werden; mit französischen Waren, die an Stelle elsässischer treten würden, dürften die deutschen Zollstätten bald zu rechnen haben. Während Frankreich diesen Vorteil durch fünf Jahre genießen soll, ein Vorteil, der leicht zum Schaden der deutschen Bekleidungs-, Kunst- und anderer Industrien ausschlagen könnte, wird den zugunsten Polens von Deutschland abzutrennenden Gebieten dieser Vorteil bloß für drei Jahre gewährt. Bei unserer künftigen Einfuhr aus Polen wird es sich etwa, von Kohle und Erzen abgesehen, die bisher schon zollfrei waren und die niemand mit Zöllen belegen will, vornehmlich um landwirtschaftliche Produkte handeln, die Deutschland jedenfalls nicht in den drei dem Friedensvertrage folgenden Jahren mit Zöllen belasten können wird. Da die deutsche Republik kaum Zollschranken gegen das Rheinland aufrichten können wird, ist neben dem elsaß-lothringischen ein weiteres breites Einfallstor nach Deutschland dem industriellen Exporte Frankreichs, Belgiens, den Vereinigten Staaten und anderer Länder geöffnet.

Die Meistbegünstigung wird in einer ganzen Reihe weiterer Artikel des Friedensvertrages festgelegt und auf alle in Frage kommenden wirtschaftlichen Lebensbedingungen Deutschlands, so auf die Fischerei, auf die Küstenschiffahrt und Schleppschiffahrt zur See (Artikel 271[1])), auf den Schutz der Natur- und Gewerbserzeugnisse der alliierten und assoziierten Mächte gegen jede Art von unlauterem Wettbewerb bei Handelsgeschäften (Artikel 274[2])), auf das Niederlassungsrecht der Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte, ihres Eigentums, auch der juristischen Personen (Artikel 276[3])), auf die Gerichtsbarkeit (Artikel 277[4])), auf die Häfen, Wasserwege und Eisenbahnen mit Einschluß der Flußschiffahrt und der Kanäle (Teil XII des Vertrages[5])) ausgedehnt. Durch eine ganze Reihe von oft wiederholten Bestimmungen wird die deutsche Wirtschaft in ein engmaschiges Netz von Bestimmungen über einseitige Meistbegünstigung verstrickt.

---

[1]) Friedensbedingungen S. 161.
[2]) Friedensbedingungen S. 162.
[3]) Friedensbedingungen S. 163.
[4]) Friedensbedingungen S. 164.
[5]) Friedensbedingungen S. 214 ff.

Im engsten Sinne sozialpolitisch wird die einseitige Meistbegünstigung der Angehörigen der Ententestaaten hinsichtlich der Niederlassung in Deutschland wirken. Es ist wohl anzunehmen, daß aus den Vereinigten Staaten von Amerika, aus dem Britischen Reich und Frankreich im wesentlichen von der Meistbegünstigung der Niederlassungen nur wenige Arbeiter, aber Banken, Versicherungsgesellschaften, Industrieunternehmungen, Handelsniederlassungen, Agenturen, Musterlager Gebrauch machen werden. Nur die für den Betrieb dieser Unternehmungen und für die Kontrolle der Einhaltung der Friedensbedingungen notwendigen Personen dürften in Deutschland ihren Wohnsitz nehmen. Als europäische Staaten, die aus der erzwungenen Meistbegünstigung der Niederlassung für ihre Arbeiter und Arbeiterinnen zum Schaden der deutschen Gebrauch machen dürften, kommen vor allem in Betracht Italien, Belgien, die Tschecho-Slowakei, Polen, Serbien-Kroatien-Slawonien, kaum Portugal und Griechenland. Besonders gefährlich könnte das Recht der unbeschränkten Niederlassung jedes Staatsangehörigen von Japan und China werden. Die Überschwemmung Deutschlands durch gelbe Arbeiter würde jeden Wettbewerb deutscher Arbeiter auf deutschem Boden überall, wo der gelbe Arbeiter verwendbar ist, ausschließen. Eine Überflutung durch schwarze Arbeiter ist nicht ganz ausgeschlossen, wenn auch die klimatischen Bedingungen unseres Landes die Gefahr bedeutend geringer erscheinen lassen als die des Wettbewerbes der gelben Arbeiter. Es kann nicht als gleichgültig festgestellt werden, daß wir nicht nur mit europäischen und ostasiatischen Staaten Frieden zu schließen haben, sondern auch mit Mittel- und Südamerikanischen Staaten, die eine starke Negerbevölkerung aufweisen, auch mit reinen Negerstaaten, wie Haïti und Liberia. Durch die Öffnung Deutschlands für kulturell niedrige europäische und für weit tiefer unter ihnen stehende gelbe und schwarze Arbeiter könnte das Lohnniveau, vor allem der ungelernten Arbeiter in Deutschland sehr bedroht werden. Der ganze Bau unserer Gewerkschaften könnte dadurch erschüttert werden. Es würde nicht erstaunen, wenn sich in China und Japan Auswanderungsagenturen auftäten, die Deutschland „kolonisieren“ wollten, so wie das früher mit Südamerika und Australien von betriebsamen europäischen, nicht zuletzt deutschen Auswanderungsagenturen geschehen ist. Eine überseeische Wanderung zum Schaden

Deutschlands erscheint nicht minder als eine Gefahr wie die relative Übervölkerung Deutschlands infolge der nach zahlreichen Bestimmungen des Friedensvertrags zu gewärtigenden Einwanderungsverbote von Deutschen in alle oder doch in die wichtigsten Länder, die uns bekriegt haben.

Die Wiedergewinnung unserer Stellung auf dem Weltmarkte wird in besonders hohem Maße durch die Verteuerung der ausländischen Rohstoffe erschwert. Die Relation der deutschen Reichsmark zum Pfund Sterling, dem Dollar, dem französischen Franken, selbst zur italienischen Lire, von der schwedischen Krone und dem Schweizer Franken[1]) ganz zu schweigen, ist seit dem Jahre 1914, ja seit dem November 1918 katastrophal gesunken. Die Gefahr weiteren Sinkens unserer Währung auf den ausländischen Börsen bedroht die deutsche Währung infolge des Friedensvertrags überaus bedenklich, so daß wir die bloß aus dem Auslande erhältlichen Roh- und Hilfsstoffe wie Halbfabrikate nur überaus teuer werden beziehen können. Baumwolle, Schafwolle, Jute, feine Garne und manche Rohgewebe, Guttapercha und argentinisches Leder, Kupfer, Nickel und Zinn, Edelerze zur Verbesserung unseres heimischen Eisenerzes, Lebens- und Futtermittel müssen wir aus dem Auslande beziehen. Unsere verschlechterte Valuta wird dabei weit stärker und allgemeiner wirken als die einschneidendsten Zollmaßnahmen. Wir haben vor dem Kriege viele Rohstoffe für unsere Landwirtschaft und Industrie zollfrei eingeführt. Jede Ware, so auch die englische Kohle, die wir nach dem Friedensschlusse noch weit weniger werden entbehren können als vor dem Kriege, werden wir, obgleich wir sie vorher zollfrei einließen, infolge unserer Valutaschwierigkeiten sehr teuer einkaufen müssen. Der Einwand, daß wir die Waren, die wir doch etwa ausführen könnten, dann in Gold berechnet, also um ein vielfaches des früheren Umrechnungskurses vom Dollar, Sterling, Frank und Lire in Mark bezahlt erhalten würden, daß somit eine Beschränkung der Ausfuhr infolge unserer Valutaschwierigkeiten nicht entstehen würde, ist leider ein Trugschluß. Der größte Teil der vom Auslande

---

[1]) Am 11. Juli 1919 notierten an der Berliner Börse 100 Schweizer Franken 266 Mark Geld statt der Friedensrelation 81 M., das ist ein Rückgang auf 30,45 % des Friedenswertes. Am 9. Juli 1919 waren umzurechnen 1 Dollar statt mit 4,20 M. mit 14,38 M., das Pfund Sterling mit 64,20 M. statt mit 20,90 M., 100 französische Franken statt mit 81 M. mit 209 M., 100 Lire statt mit 81 M. mit 168 M. (Frankfurter Zeitung vom 10. Juli 1919, Abendblatt Nr. 503 des 63. Jahrgang.)

eingeführten Rohstoffe, so z. B. die Gespinnste, werden künftig, wie auch ehedem, im Inlande verbraucht werden. Die Verteuerung dieser Rohstoffe infolge der verschlechterten Valuta wird natürlich in Löhnen und Gehältern zum Ausdruck kommen. Der Produktionsfaktor Arbeit, von den Steuern ganz zu schweigen, wird also in den nach dem Auslande gehenden Waren, die nur einen geringen Teil der zur Veredlung bei uns eingeführten Roh- und Hilfsstoffe und Halbfabrikate enthalten, in Erscheinung treten. So wird unsere Valuta nicht bloß stärker als irgend ein Zoll der Vergangenheit die Einfuhr belasten, sie kann auch so wirken, wie ein harter und prohibitiv ausschlagender Ausfuhrzoll. Damit haben wir aber nur eine, vielleicht nicht einmal die stärkste Hemmung für die Wiedergewinnung unserer weltwirtschaftlichen Stellung gekennzeichnet. Der Verlust unserer ganzen Handelsflotte, die übrigens auch vor dem Kriege für unsere Ausfuhr nicht ausgereicht hat, macht unsere überseeische Ausfuhr vollkommen von dem Transportwillen der Entente, vor allem Großbritanniens und der Vereinigten Staaten abhängig. Die Handelsflotten der neutralen Mächte, so des vor dem Kriege sehr schiffreichen Norwegen, werden infolge der Verluste ihrer Handelsflotte durch den Unterseebootkrieg und wegen des mit dem Unterseebootkrieg zusammenhängenden Verkaufs vieler neutraler Schiffe an die Entente kaum für die Ausfuhr und Einfuhr der eigenen Länder genügen. Die Entente wird zuerst ihre eigenen Verkehrsbedürfnisse befriedigen, bevor sie Schiffsraum Deutschland zur Verfügung stellen wird. Doch dürften gewaltige Schiffsbauten in den Vereinigten Staaten und das eifersüchtige Bemühen Großbritanniens, sich nicht durch den amerikanischen Schiffsbau überflügeln zu lassen, den Frachtmarkt in absehbarer Zeit günstig beeinflussen.

Die Kreditfähigkeit der öffentlichen wie der privaten Wirtschaften in Deutschland ist sehr gesunken. Unser Bestand an ausländischen Zahlungsmitteln und Zahlungssurrogaten, wie an fremden Staatspapieren, und anderen Anlehenswerten, so an Aktien ist von der öffentlichen Wirtschaft fast vollständig verbraucht. Wohl fehlt es nicht an Anlagen, vor allem an Bankguthaben deutscher Kapitalisten im Auslande, aber diese unter Umgehung der Gesetze und Kontrollen in das neutrale Ausland gebrachten Vermögensbestände sind für die Entwicklung unserer Ausfuhr wie für die Gewinnung unserer Rohstoffe nur durch drakonische Ge-

setze und ihre strenge Durchführung liquid zu machen. Die von mir im Friedensausschusse der Nationalversammlung vorgeschlagene Syndizierung der Textilindustrie und anderer auf die Einfuhr von Rohstoffen angewiesenen Gewerbegruppen zur Beschaffung der Voraussetzungen für Goldhypotheken englischer und amerikanischer Banken, durch die wir die notwendigen Rohstoffe erhalten sollten, scheint mir der beste Weg, um nicht zu einem fast völligen Stillstande unserer Industrie verurteilt zu werden. Vorläufig sind noch starke Widerstände und Vorurteile zu überwinden, um auf diesem Wege den Verfall der deutschen Industrie zu hemmen.

Selbst wenn sich die deutsche Industrie auf dem von mir vorgeschlagenen oder auf anderen Wegen die Mittel zur Rohstoffgewinnung schafft, wird sie doch mit weit größeren Schwierigkeiten im Rahmen der Weltwirtschaft zu rechnen haben als vor dem Kriege. Die Billigkeit unserer Waren, die uns neben der Gewährung langer Kredite und neben der Anpassungsfähigkeit unserer Industrie an die Bedürfnisse des Auslandes, die Wege zum Weltmarkt geebnet hat, wird nie mehr absolut, aber auch nicht annähernd relativ zu erreichen sein. Der Hunger nach Waren ist im Augenblick so groß wie noch nie, er wird aber nicht dauernd die Weltproduktion, vor allem nicht die deutsche Produktion, anregen wie vor dem Kriege. Die ungeheuren Lasten, die alle Staaten, auch die siegreichen, ihren Steuerzahlern werden auferlegen müssen, die überall gesteigerten Kosten für die Befriedigung des Wohnungs- und Nahrungsbedürfnisses werden in allen Staaten die Fähigkeit der Bevölkerung, industrielle Produkte zu kaufen, sehr stark hinunterdrücken.

Die fünf Jahre zwischen Kriegsausbruch und dem Friedenswerden haben die Welt gezwungen, ohne deutsche Produkte auszukommen. Die fremden Wirtschaftsgebiete haben sich vom deutschen Import unabhängig gemacht, sie haben ihre eigene Produktionsfähigkeit auf allen Gebieten gesteigert. Selbst dort, wo Deutschland mit einem Monopole rechnen zu können meinte, so z. B. in der Optik, in der Farbstoffindustrie, in der Herstellung von vielen Medikamenten hat die Kriegserfahrung gelehrt, daß die Not zu Leistungen zwang, die Deutschlands Produktion entbehrlich machte. Fast alle Armeen der Welt bezogen von Zeiß, Goerz, Schuckert und von anderen, in der ganzen Welt berühmten deutschen Pro-

duktionsstätten Scherenfernrohre, Scheinwerfer und andere optische Instrumente. Sie haben den fremden Armeen vor allem in den letzten Jahren des Krieges nicht mehr gefehlt, die heimischen Industrien der Feinde Deutschlands haben sie fabriziert. Ungeheure Summen wurden zur Förderung der Farbstoffindustrie im feindlichen Auslande verausgabt. Auch die Besetzung der bedeutsamsten Produktionsstätten der chemischen Industrie auf Grund der Waffenstillstandsabkommen hat die Monopolstellung der deutschen Farb- und Medikamenten-Industrie ganz erheblich in Frage gestellt.

Die deutsche Volkswirtschaft hat einen großen Teil der amerikanischen Rohbaumwolle vor dem Kriege gekauft und mit einem verhältnismäßig geringen Teil dieser Rohbaumwolle bezahlt, der durch unsere Spinnereien, Webereien, Färbereien, Wirkereien usw. veredelt und von unseren Schiffen nach New-York gebracht wurde. Das Aufhören des Absatzes amerikanischer Baumwolle in Mitteleuropa infolge der Absperrung der Nordsee wie der Straße von Gibraltar durch die englischen Blokaden hat im ersten Kriegsjahr eine der schwersten Wirtschaftskrisen über die Vereinigten Staaten gebracht. Mit allen möglichen künstlichen Mitteln suchte man den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Südstaaten aufzuhalten, indem man die unverkäufliche Baumwolle belehnte und mit dem auf das Äußerste angespannten amerikanischen Wohltätigkeitssinne für die Stützung der Baumwollproduzenten sorgte. Zu den bewunderungswürdigsten wirtschaftspolitischen Erscheinungen des Weltkriegs gehört die Überwindung dieser Krise. Sie ist im wesentlichen dadurch erfolgt, daß die amerikanische Baumwollverarbeitung im Laufe des Krieges eine so sprunghafte Entwicklung nahm, daß die sonst nach Deutschland und nach Österreich ausgeführte Wolle nicht mehr den Hafen von New-Orleans zu verlassen brauchte, sondern zu sehr erheblichem Teile im eigenen Wirtschaftsgebiete verarbeitet werden konnte. Das bedeutet für Deutschland, daß es Louisiana-Wollen, kaum in der vor dem Kriege gewohnten Menge und vermutlich nur zu übermäßigen Preisen, kaufen können wird und daß wir künftig kaum mehr mit deutschen Gespinnsten und Geweben den größeren Teil der aus der Union bezogenen Baumwolle werden bezahlen können. Vor dem Kriege hatte Deutschland den größten Teil seiner Baumwolle aus den Vereinigten Staaten bezogen. Wir hatten um 850 Millionen Mark im Jahre 1913 Rohstoffe und Erzeugnisse von Baum-

wolle eingeführt und um 585 Millionen Mark verarbeitete Baumwolle ausgeführt. Etwa 400 000 Arbeiter hatten mit Hilfe von etlichen Millionen Spinnspindeln, 285 000 mechanischen Webstühlen Werte von etwa 2300 Millionen Mark hergestellt. Für unsere Ausfuhr kamen vor allem die relativ hochwertigen Produkte in Frage, die im wesentlichen in dem uns verloren gegangenen Oberelsaß hergestellt wurden, etwa 20% unserer Produktion von Baumwollwaren[1]). Die Vereinigten Staaten dürften aus einem Baumwolle ausführenden und Baumwollprodukte einführenden Staate eine sich zum größten Teile selbst befriedigende und im wesentlichen nur auf sich selber angewiesene Baumwollkonsumentin und Baumwollproduzentin geworden sein. Die Vereinigten Staaten werden sich aber nicht nur mit baumwollenen Produkten selbst versorgen, sie werden auch England mit baumwollenen Wirkwaren versorgen, die vor dem Kriege fast ausschließlich von Deutschland bezogen wurden. Seit Kriegsausbruch sind die Vereinigten Staaten und Japan die ausländischen Hauptlieferanten Großbritanniens geworden, da dieses nur in kleinerem Maße die billigen baumwollenen Waren der Wirkwarenindustrie herstellt.[2]) Auch unser Export von Stickereien nach Großbritannien und auch nach Frankreich dürfte aufhören, vielleicht auch der Export unserer vogtländischen Stickerei-Industrie nach Italien und den Vereinigten Staaten, da selbst die ostschweizerische Stickerei-Industrie, die übrigens durch die erwogene Einbeziehung Vorarlbergs in das schweizerische Wirtschaftsgebiet bedeutend gestärkt werden würde, über sehr erhebliche Absatzverringerungen in dem Gebiete der Entente während des Krieges klagt.[3]) Auch für die deutsche Stahlindustrie dürfte eine schwere Zeit kommen. Der Jahresbericht des amerikanischen Stahltrust, der United States Steel Corporation für das Jahr 1918[4]) kommt zu dem Schlusse, daß

---

[1]) Metzner, Die deutsche Baumwollindustrie und die Friedensbedingungen im Berliner Tageblatt, 48. Jahrg., Nr. 227, Abend-Ausgabe vom 19. Mai 1919.

[2]) Opposition gegen die Einfuhrbeschränkungen Großbritanniens, O. e.-Korrespondenz in der Exportbeilage Nr. 21 der Neuen Züricher Zeitung, Nr. 794, 3. Bl. vom 29. Mai 1919.

[3]) Korrespondenz aus St. Gallen in der Exportbeilage Nr. 21 der Neuen Züricher Zeitung Nr. 794, 3. Bl. vom 29. Mai 1919.

[4]) Zitiert in einer Korrespondenz der Exportbeilage Nr. 21 der Neuen Züricher Zeitung Nr. 794, 3. Bl. vom 29. Mai 1919 „Die amerikanische Stahlindustrie im Kriege".

die Zeit, da Deutschland alle Welt mit verhältnismäßig billigem Stahl versorgte, vorbei ist, in der Folge werde die amerikanische Stahlindustrie bei den erschwerten Produktionsbedingungen der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkte die erste Rolle spielen.

Das sind nur einzelne Belege für die zum größten Schaden Deutschlands während der viel zu langen Kriegszeit erfolgten wirtschaftlichen Verschiebungen in den früher für Deutschland offenen Exportgebieten. Frankreich und Großbritannien, Mutterland wie Kolonien, waren unsere besten Abnehmer neben Österreich-Ungarn und Rußland. Für Großbritannien bedeutete der Krieg eine neuerliche industrielle Revolution. Durch die engherzigen Regeln der alten Gewerkschaften waren die Industrien des Vereinigten Königreichs gehindert, die Produktionsmöglichkeiten hochentwickelter Technik und Fabrikorganisation in der gleichen Weise auszunützen, wie das von den Industrien Deutschlands geschah. Der Krieg hat infolge der überaus strengen Durchführung des Munitionsakts diesen Vorsprung Deutschlands in Großbritannien völlig wettgemacht. In arbeitssparenden Methoden und Techniken, in höchster Ausnutzung aller Produktionsmöglichkeiten, in der Fabrikorganisation hat die Industrie des Vereinigten Königreichs ganz gewaltige Fortschritte gemacht. Viele meinen, daß Deutschland auch nach dieser Richtung durch die Energie und die organisatorischen Fähigkeiten Lloyd Georges und seiner Mitarbeiter überflügelt wurde. Die Versprechungen, daß nach dem Kriege die die Produktion einengenden alten Gewerkschaftsregeln wieder eingeführt werden sollen, ist keinen Deut wert. England hat sich nicht nur in der eigenen Kriegsindustrie ganz außerordentlich entwickelt, auch sonst ist seine Leistungsfähigkeit bedeutsam gestiegen. Unter den großen Fehlern, die wir der Unkenntnis des Auslandes zu danken haben, und die wir im Kriege sehr teuer zu bezahlen hatten, war nicht der geringste der, daß wir die industrielle Entwicklungsmöglichkeit und die industriellen Tatsachen in Großbritannien unterschätzten. Im Textil Recorder vom 15. April 1919[1]) führt Sir Charles Macara aus, daß die englische Baumwollindustrie vor dem Kriege weitaus die leistungsfähigste von allen Konkurrenzindustrien war und

---

[1]) Zitiert in dem Artikel „Zukunftsaussichten der englischen Baumwollindustrie“ von M. O. in der 21. Exportbeilage der Neuen Züricher Zeitung Nr. 794, 3. Blatt, vom 29. Mai 1919.

nunmehr einer Hochkonjunktur entgegengeht. Er stützt seine Auffassung auf die Tatsache, daß allein in den zehn Jahren vor dem Kriegsausbruch die Zahl der in England arbeitenden Spindeln um 12 Millionen stieg, ein Zuwachs, der sogar die Spindelzahl Deutschlands, Englands und Frankreichs übertrifft. Dazu kommt, daß Englands Maschinen völlig unbeschädigt aus dem Kriege hervorgehen. In Deutschland wird man zwar keine beschädigten, aber sehr abgenützte, vielfach für die Papiergarnindustrie und für die Verarbeitung der Ersatzfaserstoffe eingerichtete Maschinen für die normale Verwendung umzuschalten haben.

Sir Charles Macara weist auch auf die große Zahl englischer Textilmaschinen hin, die Japan während des Krieges eingeführt hat. Japan besitzt zur Zeit etwa 3 Millionen Spindeln und hat mit diesen in erster Linie den eigenen großen Bedarf an Baumwollstoffen zu decken, sowie seinem dichtbesiedelten Nachbarn China solche zu liefern. Es wird damit frühere Absatzmöglichkeiten Deutschlands ebenso einengen wie das durch die Entwicklung der Textilindustrie Großbritannien und der Vereinigten Staaten geschehen wird, die nun ungefähr halbsoviel Spindeln haben wie Großbritannien. Für die gesteigerte Konkurrenzfähigkeit Japans auf dem Weltmarkte kommt auch die außerordentlich starke Entwicklung seiner Eisen- und Stahlindustrien in Betracht. Die Vereinigten Staaten lieferten während des Krieges im Interesse der Versorgung Rußlands mit Kriegsmaterialien außerordentlich viele Werkzeugmaschinen an Japan, nicht nur für die Eisen- und Stahlindustrie, sondern auch für die Verarbeitung von Leder, Gespinnsten usw. Die Versorgung der russischen Armeen mit Kriegsmaterial wäre in den ersten Kriegsjahren nicht möglich gewesen ohne die außerordentliche industrielle Entwicklungsmöglichkeit Japans und dank seiner gesteigerten Leistungsfähigkeit auf fast allen Gebieten industrieller Produktion. Diese Mobilisierung aller industriell verwendbaren Arbeitskräfte und sonstigen Produktionsfaktoren Japans wird sich auf dem Weltmarkte vor allem in der Befriedigung des eigenen Marktes wie in der Versorgung Sibiriens, Chinas und seiner Nebenländer, Hinter- und Vorderindiens, Holländisch-Indiens, des polynesischen Archipels, der weiteren Inselgruppen im Stillen Ozean und nicht zuletzt des westlichen Amerikas, insbesondere Mexikos, Zentral-Amerikas und die pazifischen Küstengebiete Südamerikas deutlich

bemerkbar machen. In Südamerika wird die japanische Expansion sehr stark mit den Bemühungen der Vereinigten Staaten, den Markt zu beherrschen, im Wettbewerbe zusammenstoßen.

Auch Frankreich kommt aus den für dieses Land überaus schweren Kriegsjahren mit ganz neuen weltwirtschaftlichen Voraussetzungen aus dem Kriege. Deutschland wurde im Friedensvertrage vorgeschrieben, möglichst schnell die zerstörten Industriestätten Frankreichs wieder herzustellen. Das soll nicht bloß durch die Lieferung von Schiffen geschehen, sondern auch dadurch, daß Deutschland „seine wirtschaftlichen Hilfsmittel unmittelbar der Wiederherstellung der mit Krieg überzogenen Gebietsteile der alliierten und assoziierten Mächte dienstbar macht, und zwar in dem von diesen Mächten zu bestimmenden Ausmaß[1]).

Im § 2 der angeführten Anlage werden die zur Ablieferung bestimmten Materialien zur Wiederherstellung des Wiederaufbaues angeführt: a) Tiere, Maschinen, Montierungsteile, Werkzeuge[2]) und alle ähnlichen im Handel erhältlichen Gegenstände, die von Deutschland beschlagnahmt, verbraucht oder zerstört worden sind oder die unmittelbar durch militärische Maßnahmen zerstört worden sind und die die genannten Regierungen zur Befriedigung unmittelbarer und dringender Bedürfnisse durch gleichartige Tiere oder Gegenstände ersetzt zu sehen wünschen, die auf deutschem Gebiete bei Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags vorhanden sind; b) die Stoffe zum Wiederaufbau: Steine, Backsteine, feuerfeste Steine, Dachziegel, Bauholz, Fensterglas, Stahl, Kalk, Zement, Maschinen, Heizeinrichtungen, Möbel und alle im Handel erhältlichen Gegenstände, die die genannten Regierungen in Deutschland erzeugt und hergestellt und an sie zur Wiederherstellung der mit Krieg überzogenen Gebietsteile zu sehen wünschen. Das sind Stoffe, die wir selbst auf das äußerste entbehren, wie das völlige Stilliegen unseres Baugewerbes trotz allgemeiner Wohnungsnot und trotz stärksten Antriebes zur Beschäftigung unserer Arbeitslosen beweist. Diese Friedensbedingungen erschweren in hohem Maße die Beschäftigung deutscher Arbeiter. Sie

---

[1]) Friedensbedingungen (Teil VIII. Wiedergutmachungen, Anlage 4: Deutschlands wirtschaftliche Beihilfe zur Wiederherstellung der besetzten Gebiete § 1, S. 139).

[2]) Friedensbedingungen S. 140, im deutschen Texte heißt es „Maschinenspiele“, im französischen tours, im englischen tools.

bringen somit auf Jahre hinaus eine einschneidende wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch, aber auch im engeren Sinne politisch überaus gefährliche Verminderung unseres Beschäftigungsgrades. Diese Einengung wird besonders bedenklich durch die Bestimmung von Absatz 3 des § 4 der vierten Anlage des Abschnittes über die „Wiedergutmachungen", wonach bis zu 30% der Maschinen, Montierungsteile, Werkzeuge und ähnliche im Handel erhältliche Gegenstände, sofern sie augenblicklich in gewerblichen Betrieben verwendet werden, nur gefordert werden, wenn kein Vorrat von diesen Gegenständen verfügbar oder verkäuflich ist[1]). Das würde eine weitere Beschränkung des Beschäftigungsgrades bis annähernd 30 Prozent der auf Grund der technischen Einrichtungen zu beschäftigenden Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen bedeuten für die Zeit, bis unser Maschinenpark wieder ergänzt sein würde. Durch Verordnungen der Reichsregierung wie auch durch den Artikel 238 der Friedensbedingungen ist die Rückgabe der fortgenommenen, beschlagnahmten oder sequestierten Tiere, Gegenstände aller Art angeordnet. Es wird dabei auf die Bestimmungen des Waffenstillstandes vom 11. November 1918, seine Erneuerung und die inzwischen aufgestellten Protokolle Bezug genommen[2]).

Auch die in der im § 6 der erwähnten vierten Anlage geforderte Ablieferung von Pferden, Tieren, Milchkühen und anderem Vieh bedeutet in seinen Wirkungen nicht bloß einen schweren Verlust, sondern auch eine verminderte Produktionsfähigkeit unserer Landwirtschaft und eine weitere Verschlechterung unserer Ernährung und damit auch eine Herabsetzung der Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft wie der Reproduktionsfähigkeit unserer Bevölkerung[3]). Milchertrag und Fleischgewicht unseres Viehs sind weit stärker gesunken als die Kopfzahl unseres Viehstapels.

Die Deutschland bekämpfenden Staaten haben die Möglichkeit gehabt, ihre Handelsbeziehungen während des Krieges zu pflegen. Sie haben zwar auch unter dem Kriege gelitten, doch andererseits durch die völlige Ausschaltung Deutschlands und Österreich-Ungarns aus dem Welthandel Gewinn gezogen. Deutsch-

[1]) Die Friedensbedingungen usw. S. 141.
[2]) Die Friedensbedingungen usw. S. 125.
[3]) Die Friedensbedingungen usw. S. 142.

land sah durch fast fünf Jahre seinen auswärtigen Handel vollständig stilliegen. Der Warenaustausch mit den Neutralen war nicht erheblich, da sie nicht zu den größten Abnehmern Deutschlands gehörten, die Handelsbeziehungen mit ihnen wurden erschwert, für viele Industrien vollständig unterbunden. Wo sie bestanden, so z. B. bei der Kohlenausfuhr, führten sie durch eine kurzsichtige, die neutralen Abnehmer sagten wucherische, Ausnützung ihrer Notlage zu einer Verbitterung der gegenseitigen Beziehungen, die von der Entente schon während des Krieges ausgenützt wurde. Dadurch wird Deutschland erschwert, die alten Handelsbeziehungen wiederherzustellen und auf den guten Willen der während des Krieges neutralen Volkswirtschaften zu rechnen, ebenso viele deutsche Waren wie vor dem Kriege zu beziehen. Der Umfang des vor dem Kriege bestandenen Warenaustausches mit den Mächten der Entente ist kaum zu erhoffen. Unser Export nach den von dem Kriege nicht berührten überseeischen Gebieten wird sehr erschwert sein.

Das Fehlen einer Handelsflotte wird den Verkehr nicht nur nach den überseeischen Ländern, sondern auch nach Rußland, dem Balkan und nach Vorderasien sehr einengen. Die Trennung Deutschlands von Rußland durch Polen, wie die Investierung amerikanischen Kapitals in Sibirien, dürften wir im Rückgange unserer Ausfuhr nach Rußland empfinden. Ganz allgemein werden alle Handelsbeziehungen durch die verminderte Konsumkraft in den meisten Ländern Europas ungünstig beeinflußt werden. Die Vereinigten Staaten und Japan werden dank ihrer durch den Krieg beschleunigten industriellen Entwicklung als Einfuhrgebiete an Bedeutung verlieren, während sie zum Schaden aller europäischen Staaten den südamerikanischen und den größten Teil des ostasiatischen Marktes in weit höherem Maße versorgen dürften, als ihnen das vor dem Kriege möglich war.

Die territorialen Veränderungen, vor allem auf dem Balkan und in Österreich-Ungarn werden die Ausfuhrmöglichkeiten der früheren deutschen Exportindustrien stark beengen. Jeder Zugang zum Meere, der den neuen Staaten auf dem Balkan geschaffen wird, schafft Einfallstore für die englische und amerikanische Ausfuhr und versperrt Deutschland früher schon wichtige und noch mehr aussichtsreiche Märkte. Die hohe Entwicklung der Industrie in einigen Teilen Deutsch-Österreichs war dem

sicheren Absatze in einem sehr großen Wirtschaftsgebiete angepaßt. Infolge der nationalen Abneigung der früher zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörenden Gebiete gegen Deutsch-Österreich wird das von Wien geleitete Wirtschaftsleben einen für Deutsch-Österreich bedenklichen Überschuß an Waren haben, so daß die früher sehr bedeutende Einfuhr deutscher Waren nach Österreich-Ungarn nicht mehr in unsere Wirtschaftsrechnung gestellt werden kann. Die Schaffung einer Freihafenzone in Hamburg für die tschecho-slowakische Republik und die Internationalisierung der Elbe sollen die Abhängigkeit des neuen Staates von der Einfuhr industrieller Produkte aus Deutschland und aus Deutsch-Österreich stark vermindern. Die gleiche Bedeutung hat die künftige Stellung Danzigs und die Internationalisierung der Weichsel für die neugeschaffene Polnische Republik. Was als früherer ungarischer Staat übrig bleibt, hat als Ziel deutscher Ausfuhr kaum noch erhebliche Bedeutung.

Haben alle europäischen Industrieländer mit großen Schwierigkeiten, vielfach mit Unmöglichkeiten der Wiedergewinnung der alten Weltmarktstellung zu rechnen, so gilt das für Deutschland in besonders hohem Maße. Man hat sich der deutschen Waren in der ganzen Welt weit mehr entwöhnt als der Waren der Länder, denen Deutschland auf allen Märkten Konkurrenz machte. Deutschland hat fünf Jahre seine Handelsbeziehungen nicht pflegen können, sein Warenaustausch hat aufgehört, das Eigentum deutscher Banken, Kaufleute und Industrieller wie Privater wurde während des Krieges sequestiert und wird nun gänzlich unserer Verfügungsgewalt entzogen.

Die deutsche Industrie hat sich vor dem Kriege nicht nur wegen ihrer industriellen, sondern auch wegen ihrer kommerziellen Leistungsfähigkeit entwickelt. Der deutsche Handlungsreisende war in der ganzen Welt tätig. Er verstand, die Bedürfnisse der Völker in den entferntesten Ländern zu erkennen und die deutsche Warenproduktion diesen Bedürfnissen anzupassen, was eine der Ursachen des gewaltigen Vorsprungs Deutschlands im Wettlaufe um die erste Stellung auf dem Weltmarkte war. Die deutschen Handelsreisenden, die Vertreter der deutschen Industrie im Auslande, die Filialen und Tochtergesellschaften deutscher Industrie- und Bankunternehmungen sind durch fünf Jahre ausgeschaltet gewesen. Keine Kataloge, keine Preislisten, keine sonstigen Waren-

angebote wurden von Deutschland ausgeschickt. Keine Konsuln und Agenten wahrten die deutschen Interessen. Die Lager an deutschen Waren sind von den sequestierenden Behörden zum Teil verschleudert worden, zum Teil in anderer Weise erschöpft worden Die deutsche Propaganda im Auslande, auch im neutralen Auslande hat uns, wie ziemlich allgemein eingestanden wird, mehr geschadet als genützt. Die Preisangaben unserer Kataloge aus der Zeit vor dem Kriege haben ihre Geltung verloren, der deutsche Exporteur kann nicht mehr nach diesen Katalogen liefern. Die vor dem Kriege erbetenen Auskünfte über die Kreditfähigkeit deutscher Firmen haben ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt. Der fremde Exporteur von Rohstoffen muß sich sagen, daß selbst die kapitalkräftigsten deutschen Firmen, deren Ansehen zur Gewährung des größten Personalkredits berechtigten, nun neu und mit ganz besonderen Schwierigkeiten geprüft werden müssen. Die ungeheure Menge von Kriegsanleihen, die, mag man über die Zinszahlung Deutschlands noch so günstig denken, eine Festlegung von nicht leicht flüssig zu machendem Kapital bedeuten, dürfte im Auslande die Kreditwürdigkeit sonst sehr angesehener Firmen in bedenklicher Weise erschüttern.

Deutschlands Produktion ist während des Krieges völlig umgeschaltet worden. Es wird lange Zeit verfließen, bevor wir eine genaue Statistik des auswärtigen deutschen Handels für das zweite Halbjahr 1914 und für die Jahre 1915, 1916, 1917, 1918 und auch 1919 erhalten werden. Vielleicht werden wir niemals mit einer vollständig genauen Handelsstatisfik für die Kriegsjahre rechnen dürfen, da wir einige Rücksichten auf die neutralen Staaten zu nehmen haben, die sich während des Krieges manchen Zwangsmaßregeln der Entente entziehen wollten. So viel wir auch eingeführt haben, wobei wir an Kosten zum Zwecke der Anreizung durch hohe, unsere Lieferanten verwöhnende Preise nicht sparen konnten, so gering ist doch die Einfuhrmenge der für die normale Entwicklung unserer Industrie notwendigen Roh- und Hilfsstoffe im Vergleich zu dem normalen Bedarf in den Jahren vor dem Kriege gewesen.

Eine der größten Leistungen der Technik und der Chemie wie auch der industriellen Organisation bleibt trotz aller durchaus berechtigten Kritik der öffentlich-rechtlichen Warendistribution, daß wir während des Krieges so lange, wenn auch sehr schwer und mit

vielen Verlusten an Leben und Gesundheit der im Lande Weilenden „durchhalten" konnten. Trotz allen bösartigen Schwindels und unerhörten Wuchers, die vielfach festzustellen waren, ist die Gesamtleistung unserer Wirtschaft außerordentlich gewesen. Wir dürfen dabei nicht übersehen, daß alle diese Leistungen nur während des Krieges möglich und erträglich waren. Damals war die Erhaltung der deutschen Wirtschaft, die Versorgung der Soldaten wie der heimischen Bevölkerung eine Kriegsnotwendigkeit, die fast alle wirtschaftlichen Erwägungen zurückdrängte. Was im Kriege unter dem Gesichtspunkte der Autarkie notwendig oder doch zum mindesten begreiflich und entschuldbar war, wird unmöglich, weil es den ökonomischen Grundsätzen und Möglichkeiten auf die Dauer widerspricht, sobald Deutschland aufgehört hat und aufhören muß, ein geschlossener Handelsstaat zu sein. Richtig ist, daß Deutschland trotz der Sperre mancherlei zugelernt hat, was es sich sonst vielleicht überhaupt nicht, vielleicht erst viel später zu eigen gemacht hätte. Die Not ist die Mutter einer Menge von Erfindungen geworden, deren Kriegswert zwar zum Teil überaus hoch war, deren Friedenswert aber noch im Dunkeln liegt. Er wird sich erst dann erhellen, wenn man beurteilen können wird, ob der „Ersatz" mit der Auslandsware zu konkurrieren vermag[1]).

Bestenfalls nur noch für einige Zeit dürften die meisten Ersatzstoffe für unseren Bedarf in Frage kommen, solange eben, als die Not uns zwingt, auf die Roh- und Hilfsstoffe zu verzichten die von den ausländischen Industrieen um so länger ausschließlich gebraucht werden können, je stärker sie uns vorenthalten werden. Das gilt vor allem für die Sparmetalle. Das Fehlen bestimmter metallischer Rohstoffe hat bereits während des Krieges die Umstellung ganzer Industriezweige auf die Verwendung von Ersatzmetallen notwendig gemacht; die bleibende Knappheit dieser Metalle erfordert, daß man für sie dauernden Ersatz mit allen Eigenschaften des fehlenden Metalls zu finden versucht. — Sowohl für den Maschinenbau wie für das Bauwesen kamen ganz neue Gesichtspunkte in Bezug auf die Bauweise und Bauausführung in Be-

---

[1]) Dietzel, Heinrich, Die Nationalisierung der Kriegsmilliarden. Eine Behandlung des von der Breslauer Fakultät der Rechts- und Staatswissenschaften gestellten Themas: „Wahres und Falsches an der zur Zeit viel gebrauchten Redewendung ‚Das Geld bleibt im Lande'". Tübingen 1919. S. 36.

tracht. Diese einschneidende Umstellung in der Technik zwingt naturgemäß die Ingenieure zu weitgehendem Umlernen, so daß sich allenthalben die Notwendigkeit, mit besonderen technischen Fortbildungskursen einzugreifen, ergibt. Der Verein deutscher Ingenieure ruft ins Leben und fördert derartige Kurse[1]). So erfreulich diese Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Ingenieure ist, so darf man doch nicht übersehen, daß in dem Augenblicke, wo die alten bewährten Rohmaterialien und Hilfsstoffe vorhanden sein werden, ein großer Teil der Ersatzstoffe seine praktische Bedeutung verlieren dürfte. Soweit das auch nicht für den inneren Markt der Fall sein sollte, ist es doch sicherlich der Fall für unsere Ausfuhr.

In den Gebieten, die von England, von den Vereinigten Staaten, von Frankreich und Belgien beliefert werden, können die Armaturen der elektrotechnischen Maschinen nicht statt aus Kupfer aus Eisen und Zink gegossen sein, wir werden als Konkurrenten Englands und der Vereinigten Staaten nur dann liefern können, wenn wir die Kundschaft nach äußerem Ansehen wie nach der Leistungsfähigkeit der von uns zu liefernden Maschinen ebenso gut bedienen können wie unsere Wettbewerber. Während des Krieges drückten wir unsere industrielle Ausfuhr zumeist ohne unseren Willen, zum Teil aber auch mit unserem Willen auf ein Mindestmaß hinunter. Nur unser innerer Bedarf schuf sicheren Absatz, da konnten oder mußten wir statt Baumwolle und Hanf, statt Kautschuk und Leder, statt Kupfer, Zinn und Nickel, statt des Feinstahls und des Kraftfutters Brennesselfasern und Papiergarne, synthetischen Kautschuk und Holzsohlen, Eisen- und Zinkdrähte, Aluminium, Kobalt und Bierhefe verwenden oder verarbeiten. Sobald Deutschland als Wettbewerber auf dem Weltmarkte und mit seinem inneren Konsum in die freie Wirtschaft eintreten wird, werden uns die meisten unserer Ersatzstoffe zu teuer sein, wir werden sie nicht verwenden, weil sie nur während des Krieges zu erdenken und anzuwenden waren. Während des Krieges hatten wir oft, was uns nun zum Verderbnis werden kann, wirtschaftliche Erwägungen zurückstellen müssen, unsere Volkswirtschaft stand ganz im Dienste und unter dem Zwange

---

[1]) Technische Sonderfortbildung für die Übergangszeit in der „Technischen Rundschau", Wochenschrift des „Berl. Tageblatts" Nr. 13 des 25. Jahrg. vom 4. Juni 1919.

der tatsächlichen, oft auch nur der eingebildeten Kriegsnotwendigkeiten.

Was während des Krieges geniale Ausdehnung der Eigenproduktion war, kann nach dem Kriege Vergeudung von Produktivkräften sein. So sagt Dietzel[1]) ganz richtig, daß, wenn die Eigenproduktion mehr nationale Arbeit als der Auslandsbezug erfordert, dann war es zwar ein Glück, daß uns in den Tagen der Sperre gelang, uns von der Versorgung durch das Ausland freizumachen; aber eine Torheit würde es sein, die Eigenproduktion dauernd, auch nachdem das Meer freigeworden ist, bewahren zu wollen. Derzeit stellt sich der „Ersatz" zumeist viel teurer als früher die Fremdware. Der Ersatz verschlang Milliarden. Der Laie macht sich keinen Begriff, welche Unmenge von auch sonst gebrauchten Materialien bei der Herstellung von Stapelfasern benötigt wurden; fast das 8- bis 10 fache an Chemikalien und etwa das 20 fache an gesamten Roh- und Betriebsstoffen ist erforderlich, um eine Einheit fertiger Erzeugnisse zu erhalten; d. h. es werden etwa 20 Waggons von Roh- und Betriebsstoffen aufgewandt, um einen Waggon Stapelfasern zu erhalten ... Eine Utopie ist es, wenn man davon träumt, die ausländische Einfuhr zu ersetzen[2]). Ein Großunternehmer in der Textilindustrie, der in hervorragender Stellung in der Kriegsgesellschaft für Ersatzstoffe tätig war, sagte mir, daß der erste für uns mit Baumwollballen eintreffende Dampfer der Ersatzfaserindustrie das Totenglöckchen läuten würde. Die Ersatzstoffindustrie hatte also zum größten Teile nur eine zeitweilige Blüte während der Kriegszeit, sie hat aber sehr große und sehr kostspielige Einrichtungen und Umschaltungen z. T. auch außerordentlich umfangreiche Neuschöpfungen in unserer Industrie zur Folge gehabt. Viele dieser Kapitalanlagen werden vollständig abzuschreiben sein, zahlreiche Verengungen der Produktion der Ersatzstoffe werden eintreten, viele kostspielige Einrichtungen werden wertlos werden. Ihre Umschaltung auf die Produktionsmethoden vor dem Kriege wird, soweit sie möglich sein und sich empfehlen sollte, wiederum sehr erhebliche Kostenaufwendungen notwendig machen. Die faux frais de la production des Krieges werden als sehr teure

---

[1]) Dietzel, a. a. O. S. 32f.

[2]) Kölnische Zeitung vom 2. August 1918. Bericht der Glanzstofffabriken A. G. in Elberfeld, zitiert bei Dietzel a. a. O. S. 33.

Kriegskosten unserer Volkswirtschaft noch in die Kriegsbilanz zu stellen sein.

Alle diese Umstände werden unsere Wettbewerbsmöglichkeit auf dem Weltmarkte außerordentlich erschweren. Selbst wenn die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz und die wirtschaftlichen Friedensbedingungen der Entente nicht wirken würden, müssten schon die Schädigungen des Produktionsfaktors Kapital die deutsche Volkswirtschaft gegenüber denen der Ententemächte in das Hintertreffen bringen.

Flüssige Kapitalien, die auf dem Weltmarkte Kaufkraft besitzen, also Gold, Goldsurrogate, auf den Börsen des Auslandes leicht verkäufliche Staatspapiere und Aktien besitzen wir nicht, um auch nur für ein Vierteljahr die von uns gefragten Lebens- und Futtermittel, Rohstoffe und Halbfabrikate auf den ausländischen Märkten zu bezahlen. Die Entente sucht unsere Ausfuhrmöglichkeiten auch sonst stark einzuengen. Wir haben schon erwähnt, daß sie unsere Kabel uns entziehen will. Die 87650 km deutscher Kabel, die enteignet werden sollen, bedeuten nicht viel gegenüber dem über alle Meere verzweigten englischen Kabelnetz, aber sie bedeuten unendlich viel für die deutsche Wirtschaft und den deutschen Handel[1]). Unsere Luftschiffahrt wird auf Jahre hinaus zurückgeworfen, muß doch nicht nur nach Artikel 202[2]) der Friedensbedingungen das ganze militärische und Marineluftzeugmaterial bis zum 1. Oktober 1919 abgeliefert werden, also auch die für reine Verkehrszwecke verwendbaren, sondern auch die Luftschiffhallen und Behausungen aller Art für Luftfahrzeuge, die Geräte zur Herstellung von Wasserstoffgas, wenn das freie Ermessen der alliierten Mächte nicht anders bestimmt, dann die Luftfahrzeugmotoren, die Tragflächen bzw. Zellen, die Apparate für drahtlose Telegraphie, die photographischen und kinematographischen Apparate, die Einzelteile, die alle der vorstehenden Kategorie angehören. Was irgendwie für eine durchaus friedliche Ausnutzung der Luftschiffahrt von Werte sein kann, soll ausgeliefert werden[3]).

---

[1]) Die deutschen Kabel, K.-Korrespondenz aus Berlin vom 28. Mai 1919 im „Frankfurter Handelsblatt“ der Frankfurter Zeitung in der Abendausgabe vom 30. Mai 1919.

[2]) Friedensbedingungen usw. S. 111.

[3]) Artikel 198 Abs. 2 u. 3 der Friedensbedingungen S. 110. Bestimmungen über unsere Seemacht und Luftfahrt. — Abschnitt III: Bestimmungen über militärische und maritime Luftfahrt, S. 110ff.

Daneben soll der Luftfahrt der alliierten und assoziierten Mächte die volle Flug- und Landungsfreiheit innerhalb des deutschen Gebietes nach jeder Richtung gesichert werden[1]).

Die Forderung, daß Deutschland das Eigentum aller seinen Staatsangehörigen gehörenden Handelsschiffe von 1600 Bruttotonnen und darüber abliefern muß, ferner die Hälfte des Tonnengehaltes der Schiffe, deren Bruttotonnengehalt zwischen 1000 und 1600 m beträgt, und je ein Viertel des Tonnengehaltes sowohl der Fischdampfer wie der anderen Fischereifahrzeuge[2]), bedeutet eine fast vollkommene Unterbindung des deutschen Seehandels und eine sehr starke Beschränkung der deutschen Fischerei. Die Wiederherstellung unserer Handelsflotte wird im höchsten Maße durch die weitere Bestimmung erschwert werden, daß Deutschland für Rechnung der alliierten und assoziierten Regierungen Handelsschiffe bauen soll, die in jedem der dem Friedensschlusse folgenden Jahre bis zu 200000 Tonnen festgelegt werden kann.[3]) Selbst wenn wir unsere Handelsflotte nach Jahrzehnten wieder auf einen konkurrenzfähigen Stand bringen sollten, würde doch eine ganze Reihe von Voraussetzungen wegfallen, die für unseren Welthandelsverkehr unentbehrlich waren, so die Kohlenstationen in unseren Kolonialgebieten, so die großen Einrichtungen in fremden Ländern, wie sie beispielsweise die Hamburg-Amerikanische Paketfahrtgesellschaft im Hafen von New York als Lagerhäuser, Reparaturwerkstätten und dergl. gebraucht. Diese Einrichtungen, die z. T. für andere seefahrende Nationen mustergültig waren, sind uns durch Kriegsmaßnahmen unserer Gegner wie durch die Friedensbedingungen entzogen worden. Das gewaltige Agenturennetz unserer großen Schiffahrtsgesellschaften ist überflüssig geworden, unsere Häfen sind verödet, das in ihnen festgelegte Kapital ist fast völlig wertlos geworden. Auch die Arbeitskraft, die in unserer Seeschiffahrt, in unserem Seehandel, in der Fischerei, in allen Hafengewerben einen hohen Grad von Qualität erreicht hatte, ist von ihrer eigentlichen Berufstätigkeit ausgeschaltet und hat damit einen großen Teil ihres inneren Wertes verloren.

---

[1]) Friedensbedingungen, Teil XI. Luftfahrt S. 212f.

[2]) Friedensbedingungen, Teil VIII. Wiedergutmachungen Anlage III, Sonderbestimmungen über deutsche Schiffe, S. 136.

[3]) Friedensbedingungen, Teil VIII. Wiedergutmachung Anlage III, § 5, b und c, S. 137f.

Die Absicht der Entente, Deutschlands Konkurrenzfähigkeit, die trotz aller Hinunterdrückung unserer Volkswirtschaft noch immer gefürchtet wird, auszuschalten, geht aus mannigfachen Bestimmungen, Deutschland durch interalliierte Überwachungskommissionen unter ständiger Beobachtung zu halten, klar hervor. Alle von Deutschland zu leistenden Zahlungen, soweit sie von den alliierten und assoziierten Regierungen für notwendig erachtet werden, um Deutschland zur Erfüllung seiner Wiedergutmachungs-Verpflichtungen zu zwingen, genießen ein Vorrecht in dem Maße und unter den Bedingungen, wie sie von den alliierten und assoziierten Regierungen festgesetzt worden sind und noch festgesetzt werden[1]). In begrenztem Maße ist ein Vorrang der Zahlungen für eingeführte Lebensmittel und Rohstoffe zugestanden[2]). Deshalb könnte Deutschland sich gezwungen sehen, alle seine Leistungen an die eigenen Staatsangehörigen, somit auch die Verzinsung seiner Kriegs- und sonstigen Reichs- und Staatsanleihen, wie seine Leistungen für Kriegsinvaliden, Kriegerwitwen, Kriegerwaisen und Arbeitslose zu verringern oder zu vertagen, bis die Verpflichtungen an die Entente erfüllt sind. Das kann zur Folge haben: Unsicherheit für viele hunderttausende selbständige Vermögen, eine außerordentliche Vermehrung des Proletariats, dessen Beschäftigung heute schon eingeengt ist. Die Friedensbedingungen der Entente bestimmen weiter, daß das Steuersystem im allgemeinen im Verhältnis vollkommen ebenso ist, wie dasjenige irgendeiner der im Ausschusse[3]) vertretenen Mächte[4]). Die gewaltige Steuerbelastung, der Deutschland nach den Notwendigkeiten seiner eigenen Lage und nach den Bedingungen des Friedensvertrages, sondern auch nach den für Deutschland vielfach gar nicht passenden Steuerprinzipien des Auslandes, auch unkultivierter Staaten, unterworfen werden muß, wird die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkte weiter verringern, weil die deutschen Waren mit viel

---

[1]) Friedensbedingungen, Artikel 251, S. 151 f.

[2]) Friedensbedingungen, VIII. Teil, Anlage II, S. 12b, S. 251, Abs. 2 S. 152.

[3]) Wiedergutmachungsausschuß (Commission des réparations) s. Friedensbedingungen, Artikel 232 f. (S. 112 f.), Artikel 240 Schluß (S. 125) und Anlage II, S. 12 von Teil VIII [Wiedergutmachungen] (S. 128 f.), wo die einseitige Zusammensetzung der Kommission aus Mitgliedern der Ententestaaten festgelegt ist.

[4]) Friedensbedingungen, Teil VIII. Wiedergutmachungen, Anlage II S. 12, Abs. 2b S. 131.

höheren Lasten belegt werden würden als die der meisten alliierten und assoziierten Staaten.

Diese Steuerlast wird auf Deutschland nach den Friedensbedingungen der Entente außerordentlich stark drücken. Noch ärger als dieser Druck wirkt die Ungewißheit, wie hoch diese Belastung sein wird. In dem Artikel 232 der Friedensbedingungen[1]) „erkennen die alliierten und assoziierten Regierungen an, daß die Hilfsmittel Deutschlands unter Berücksichtigung ihrer dauernden, sich aus den übrigen Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags ergebenden Verminderung nicht ausreichen, um die volle Wiedergutmachung aller dieser[2]) Verluste und Schäden zu gewährleisten.“ „Immerhin verlangen die alliierten und assoziierten Regierungen und Deutschland verpflichtet sich dazu, daß alle Schäden wieder gutgemacht werden, die der Zivilbevölkerung der alliierten und assoziierten Mächte und ihrem Eigentum während der Zeit, in der sich die beteiligte Macht mit Deutschland im Kriegszustand befand, durch den bezeichneten Angriff zu Lande, zur See und in der Luft zugefügt worden sind, sowie überhaupt alle Schäden, die in der Anlage 1[3]) näher bezeichnet sind.“ Eine derartige Verpflichtung, die noch außerdem ganz einseitig festgestellt werden soll, kann von keiner Regierung durchgeführt werden. Deshalb hat die deutsche Reichsregierung in ihrer Antwort an die Entente den Vorschlag — leider vergeblich — gemacht, die Verpflichtung Deutschlands zur Wiedergutmachung auf den Betrag von 100 000 Millionen Mark in Gold zu begrenzen[4]). Die sich aus diesem Betrage ergebenden Verpflichtungen hätten eine ganz außergewöhnliche finanzielle Last den Bewohnern Deutschlands auferlegt. Die tatsächliche Ungemessenheit der finanziellen Verpflichtungen an die Entente wird zur höchsten Unsicherheit im ganzen wirtschaftlichen Leben führen.

---

[1]) Friedensbedingungen, Teil VIII, Wiedergutmachung Abt. I, Allgemeine Bestimmungen Art. 232, S. 122.

[2]) Hierüber handelt ausführlich eine Anlage 1 auf S. 127f. der Friedensbedingungen; zum Teil ergeben sich aus ihm finanziell nur ganz willkürlich feststellbare Verpflichtungen: Ungemessene Summen, wie die Kapitalisierung aller Pensionen an die militärischen Opfer des Krieges, nicht nur an die Invaliden und Verstümmelten, sondern auch an die Kranken, wie an die Witwen und Waisen der im Kriege Gefallenen.

[3]) Friedensbedingungen S. 127f.

[4]) Die Gegenvorschläge der Deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen. Vollständiger amtlicher Text, Berlin 1919, IV, Wiedergutmachung 2. finanzielle Leistungen S. 61.

Die Steuerlasten werden um so schwerer auf unsere Bevölkerung drücken, als unsere Reichsfinanzverwaltung nicht bloß während des Krieges in bedauerlichster Weise versagt hat. Die ununterbrochene Vertagung der Vermögenssteuer wie die zu späte Erfassung der Kriegsgewinne haben eine Verschiebung großer Kapitalien in das Ausland, eine Sicherung der großen Kriegsgewinne unserer Aktiengesellschaften durch Ausschüttungen von Extradividenden (Bonus) zur Folge gehabt, so daß sie dem leichten Zugriffe entzogen wurden. Große Verschwendung, Unwirtschaftlichkeit und Leichtsinn, unverantwortliche Ausgaben, hieraus erwachsend ungesundestes Hinaufschnellen der Preise für Schmuck, Antiquitäten und Kunstwerke waren die Folgen der viel zu spät einsetzenden Vermögenssteuer. Wichtigste Objekte der Besteuerung entglitten der Reichsgewalt, desto schwerer lasten die verbleibenden Besteuerungsmöglichkeiten auf den künftigen Steuerträgern. Unternehmungslust und Arbeitsfreudigkeit der Bevölkerung stehen im Zusammenhange mit der Neugestaltung unseres öffentlichen Finanzwesens.

Die territorialen Verluste Deutschlands bedeuten, ganz abgesehen von allen sonst drückenden Erwägungen, eine bedeutsame Einengung unseres Wirtschaftsgebietes und eine Verminderung unserer Produktionsvoraussetzungen. Der innere Markt Deutschlands wird verkleinert, ganz besonders konsumkräftige Bevölkerungsgruppen unseres Reiches werden der Versorgungsmöglichkeit durch Deutschland entgleiten. Das dürfte aller Voraussicht nach nicht bloß für das annektierte deutsche Gebiet, sondern auch für das von den Feinden besetzte Land gelten, zu dem bedeutsamste Industriebezirke Deutschlands gehören. Es scheint vieles dafür zu sprechen, daß die okkupierende Macht auch in den theoretisch bei Deutschland verbleibenden, aber praktisch der Entente unterworfenen Gebieten nur die deutschen Gesetze in Kraft bestehen lassen will, die vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes gegolten haben, so daß die kommenden Steuergesetze etwa für das Saarrevier keine Geltung haben könnten. Die ganze Last der Wiedergutmachung wird jedenfalls auf ein verkleinertes Deutschland gewälzt, wodurch gesteigerte Schwierigkeiten erwachsen.

In den besetzten Gebieten wie auch in den Ländern, die uns durch die Annexion genommen werden sollen, gehen der deutschen Volkswirtschaft eine Reihe der wichtigsten Produktionsvoraussetzungen verloren. Die lothringischen Minettewerke,

die sich in das aus dem deutschen Zollgebiet ausscheidende Luxemburg ausdehnen, haben zur Verbesserung unserer zwar reichen, aber nicht hochwertigen Eisenerze ganz außerordentlich gedient. Wir werden künftig die lothringischen Eisenerze, ebenso wie bisher die schwedischen, baskischen und marokkanischen bei uns einführen müssen. Wir verlieren vor allem ganz außerordentliche Kohlenvorräte. Hierin liegt die größte Gefahr für die künftige deutsche Volkswirtschaft. Nach Oelbeke[1]) betrug die Weltproduktion an Steinkohle im Jahre 1913 1350 Millionen Tonnen im Werte von 13520 Millionen Mark. Von dieser Produktion entfielen auf die Vereinigten Staaten 517, auf Großbritannien und Irland 292, auf Deutschland 191, auf Frankreich 40, auf Rußland 31, auf Belgien 23, auf Österreich-Ungarn 16 Millionen Tonnen. Deutschland stand bisher an dritter Stelle, aber mit der Aussicht, an die zweite Stelle zu kommen, weil die deutsche Kohlenproduktion noch gewaltige Ausdehnungsmöglichkeiten hatte, während die englische in spätestens 60 Jahren erschöpft zu werden droht. Von 175 Millionen Tonnen Kohlenförderung im Jahre 1912 entfielen auf das von den Polen beanspruchte Oberschlesien 41 Millionen Tonnen, auf den Saarbezirk 16 Millionen Tonnen, auf den Bergwerksbezirk Aachen 3 Millionen Tonnen[2]). Weit über ein Dritteil unserer Kohlenproduktion würde künftig in von Deutschland abzutretenden oder vom Feinde okkupierten Gebieten liegen. Von den Gesamtkohlenvorräten, also von Anthracit, Steinkohle und Braunkohle kamen von einem Gesamtkohlenvorrat Europas von 784 Milliarden Tonnen über die Hälfte, 423 Milliarden Tonnen auf Deutschland; hiervon aber rund $^2/_5$, nämlich 169 Milliarden Tonnen auf Oberschlesien. Das ist fast ebensoviel, als der gesamte Kohlenreichtum Großbritanniens und Irlands beträgt, nämlich 189 Millionen Tonnen, und es ist erheblich mehr, als der Kohlenvorrat des europäischen Rußlands (60), Österreich-Ungarns (54), Frankreichs (17), Belgiens (11), Spaniens (8), Spitzbergens (8), der Niederlande (4), Bosniens und der Herzegowina (3 Milliarden Tonnen) beträgt. Hieraus kann man schon erkennen, welch ungeheure Bedeutung nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft die

---

[1]) Zitiert bei Arthur Sachs, Die Bodenschätze der Erde, Salze, Kohlen, Erze, Edelsteine, Leipzig u. Wien 1916, S. 15.

[2]) Sachs, a. a. O. S. 16.

Abtrennung der in den Friedensbedingungen geforderten Gebiete bedeuten wird. Daß das Oberschlesische Kohlengebiet für die polnische Republik keine Voraussetzung wirtschaftlichen Gedeihens ist, geht aus der Tatsache hervor, daß das oberschlesische Steinkohlenbecken weit in bisherige Gebiete Rußlands und Österreich-Ungarns, die künftig fast ganz zur polnischen Republik gehören werden, hinübergreift. Nur 48,6 % des Kohlengebiets, 2800 qkm, gehörten dem oberschlesischen Steinkohlenbezirk an, während 2517 auf österreichisches und 440 qkm auf russisches Gebiet, insgesamt 51,4 %[1]) auf nichtdeutsches, im wesentlichen der polnischen Republik unbestrittenes Gebiet entfallen.

Die gleichen Erwägungen gelten für das Saarkohlengebiet, dessen sich Frankreich, vorerst auf 15 Jahre, zu bemächtigen sucht. Es greift auch auf das lothringische Gebiet über, wo 47550 ha bergrechtlich verliehen sind, während auf preußischem Gebiete 111000 mit Feldern bedeckt sind. Diese deutsch-lothringischen Kohlen fallen auf Grund der Gewalt des Krieges Frankreich zu[2]). Nach neueren Berechnungen von Schlicker stehen im Berechtigungsfeld des Saarkohlenbezirks bis zu 1000 m 5600 Millionen Tonnen, bis zu 1500 m 9400 Millionen Tonnen, in noch größerer Tiefe 23000 Millionen Tonnen; bei einer Jahresförderung von 12 Millionen Tonnen würde demnach der Vorrat bis zu 1500 m erst in 1250 Jahren erschöpft sein[3]). Also auch im Westen gehen, aller Voraussicht nach, ganz außerordentliche Zukunftsaussichten verloren. Der Aachener Steinkohlenbezirk, der auch lange Zeit vom Feinde besetzt bleiben wird, bildet die wesentliche Fortsetzung des Ruhrkohlenreviers[4]), es hängt nach Westen mit den belgischen und nordfranzösischen Kohlenrevieren zusammen. Im okkupierten Gebiete rechnet man sonst noch mit bedeutungsvollen, erst im geringen Maße ausgebeuteten Steinkohlenvorräten. Neben Magerkohlen befinden sich in den Aachener Mulden ausgezeichnete Backkohlen und in der Wurm-

---

[1]) Flegel und Tornow, Die Entwicklung der deutschen Montanindustrie von 1860 bis 1912 nach amtlichen Quellen bearbeitet (Montanstatistik des Deutschen Reichs geleitet von F. Beyschlag, herausgegeben von der Kgl. Preuß. geologischen Landesanstalt) Berlin 1915. S. 112.

[2]) Flegel und Tornow, a. a. O. S. 106

[3]) Zitiert bei Kukuk Paul, Unsere Kohlen; eine Einführung in die Geologie der Kohlen usw. (Aus Natur- und Geisteswelt, Band 306) S. 69.

[4]) Flegel und Tornow, a. a. O, S. 101.

mulde auch Flammkohlen[1]). Daß die Kohlen nicht nur als Wärmeerzeuger, sondern als das wichtigste Vehikel der wirtschaftlichen Entwicklung im 19. und auch im 20. Jahrhundert zu gelten haben, bedarf keiner Auseinandersetzung[2]). Die Entreißung der wichtigsten Kohlengebiete und die Verpflichtung Deutschlands, an Frankreich durch 10 Jahre 7 Millionen Tonnen, außerdem den Unterschied der Jahresförderung der durch den Krieg zerstörten Bergwerke des Nordens und des Pas de Calais vor dem Kriege und der Förderung der von diesen Bergwerken bedeckten Becken in dem in Betracht kommenden Jahre während 5 Jahren bis zu 20 Millionen Tonnen, während weiterer 5 Jahre bis zu 8 Millionen Tonnen, an Belgien 8 Millionen Tonnen, an Italien steigend von 1919/20 mit $4^1/_2$ Millionen Tonnen bis zu 1923/24 und in den fünf folgenden Jahren je $8^1/_2$ Millionen Tonnen[3]) zu liefern, machen Deutschland kohlenarm und entziehen uns außerordentlich wichtige Voraussetzungen unserer Produktion. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die Deutschland entrissenen Kohlengebiete eine längere Lebensdauer als die der anderen europäischen Kohlenbezirke versprechen[4]). Die Kohle ist nicht nur wichtig als Treiber unserer Industrie, nicht nur in der reinen Form wie in Koks und in Briketts, sondern auch durch die immer bedeutsamer werdenden Nebenprodukte der Steinkohle, vor allem bei der Kokerei[5]). Daß sich die Entente auch von den wichtigsten Derivaten der Steinkohle bedeutende Mengen, 50000 Tonnen Steinkohlenteer, 35000 Tonnen Benzol und 30000 Tonnen schwefelsaures Ammoniak liefern lassen will, neben den uns auferlegten Leistungen an chemischen Produkten[6]), beweist ihre Absicht, uns aus unserer Vormachtstellung auf dem Gebiete der chemischen und pharmazeutischen Industrie, auf dem wir eine Monopolstellung hatten, zu verdrängen.

---

[1]) Macco, Vorkommen und Gewinnung von Kohle und Torf in Miete, Die Technik des 20. Jahrhunderts, I. Bd., S. 71.

[2]) Donath und Ulrich, Die fossilen Kohlen (Steinkohle und Braunkohle) und ihre Verwertung in Miete a. a. O. 2. Bd. (Die Verarbeitung der Rohstoffe, S. 3 f.).

[3]) Friedensbedingungen, Teil VIII. Wiedergutmachung, Anlage V, Lieferung von Kohle und der daraus hergestellten Erzeugnisse, S. 143 ff.

[4]) Donath und Ulrich a. a. O. S. 5.

[5]) Flegel und Tornow, a. a. O. S. 130.

[6]) Friedensbedingungen, Teil VIII. Wiedergutmachung, Anlage V, § 8, S. 144 und Anlage VI, Lieferung chemischer und pharmazeutischer Erzeugnisse S. 146 ff.

Neben der Kohle und dem Eisen werden wir noch zahlreiche andere wichtige Erze verlieren, so wird uns das Blei-, Silber- und Zinkerzvorkommen Oberschlesiens verloren gehen.

Es würde noch vieles über die Schädigungen der bisherigen Produktionsvoraussetzungen für Deutschlands Industrie zu sagen sein. Mit nie geahnten Schwierigkeiten auch für die Erhaltung unserer Arbeiterschaft wie für die Möglichkeit, sie dauernd produktiv zu beschäftigen, haben wir infolge des Friedensschlusses zu rechnen.

Die Hoffnung auf eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung ist enttäuscht worden. Wohl behandelt Teil XIII der Friedensbedingungen die Arbeit[1]); aber die Tatsache, daß über die künftige Organisation der Arbeit auch Staaten wie Italien und Japan, Bolivia, Brasilien und China, Ecuador, Griechenland, Guatemala, Haïti, Hedschas, Honduras und Liberia, Panama, Peru, Portugal, Rumänien, Siam und Uruguay bestimmen sollen, läßt eine Hoffnung auf eine günstige Gestaltung des künftigen Arbeiterschutzes nicht gewärtigen. Es ist zu befürchten, daß ebenso wie die erste internationale Arbeiterschutzkonferenz vom Jahre 1890 an der wirtschaftlichen Rückständigkeit, damals vor allem Italiens, so auch die künftige Arbeiterschutzkonferenz in Washington ergebnislos ausgehen wird, dank einer Mehrheit von Staaten die sich gegen jeden Arbeiterschutz als eine Hinderung ihrer Produktionsentwicklung wehren werden. So scheint ein Eingehen auf diese Bedingungen des Friedens leider am wenigsten notwendig, jedenfalls nicht dringend.

Eine noch so nüchterne und sich noch so sehr von allen politischen und nationalen Erwägungen fernhaltende Betrachtung der von der Entente aufgezwungenen Friedensbedingungen muß zu der Überzeugung führen, daß sie für Deutschland in jeder Hinsicht, wenn auch vielleicht nicht, wie wir der Meinung sind, undurchführbar sein, so doch die deutsche Volkswirtschaft und die soziale Entwicklung Deutschlands auf das Äußerste schädigen werden.

[1]) Friedensbedingungen S. 240—255.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.





Verlag von Julius Springer in Berlin W 9

Soeben erschien:

Aufsätze
zur
Deutschen Revolution

Von

Hans von Hentig

Preis M. 2,60

(+ 10 % Teuerungszuschlag gem. den Bestimmungen des Börsenvereins der deutschen Buchhändler)

Inhalt

Revolutionäre Ursachen und Entwicklungen.

1. Naturwissenschaftliche Bemerkungen zur Novemberrevolution.
2. Der Verbrecher und die Revolution.
3. Die letzten Tage der Münchner Kommune.
4. Grundfehler der Revolution.
5. Über pathologische Faulheit und ihre politische Züchtung.

Der revolutionäre Frieden.

6. Abfall von der Revolution?
7. Ruf zu den Waffen.
8. Der Gott, der Knechte wachsen ließ . . .
9. Si vis bellum, para pacem.

Revolutionäre Zukunft.

10. Der Ausgang der Revolution.
11. Entwicklungsgesetze des Radikalismus.
12. Die Revolution ohne Seele.
13. Ansprache zur Einweihung der Statue der Stadt Straßburg in . . .

Zu beziehen durch jede Buchhandlung



3 0112 072647008

Verlag von Julius Springer in Berlin W 9

Inflation und Geldentwertung. Finanzielle Maßnahmen zum Abbau der Preise. Gutachten, erstattet dem Reichsfinanzministerium von Dr. **W. Prion,** Professor an der Handelshochschule Berlin. 1919. Preis etwa M. 5,—; gebunden etwa M. 7,—

Die deutsche Finanzkraft. Rede, gehalten in der Berliner Handelskammer am 2. Mai 1919. Von Dr. **Dernburg,** Reichsminister der Finanzen. 1919. Preis M. 0,60

Deutschlands Volksvermögen im Kriege. Ein Beitrag zur Frage: **Vermögensopfer und Kriegsentschädigung.** Von Dr. **J. Jastrow,** a. o. Professor an der Universität Berlin. Zweite, vermehrte Auflage. 1919. Preis M. 2,40

Von diesem Buche erschien gleichzeitig eine englische und französische Ausgabe zum Preise von je M. 1,60

Deutschlands Finanzlage nach dem Kriege. Rede, gehalten in der Deutschen Nationalversammlung am 15. Februar 1919. Von **Schiffer,** Reichsminister der Finanzen. 1919. Preis M. 1,—

Kriegsentschädigung. Forderungen unserer Gegner. Von **Erwin Respondek.** 1919. Preis M. 1,—

Die volkswirtschaftliche Bilanz und eine neue Theorie der Wechselkurse. Die Theorie der reinen Papierwährung. Von **Edmund Herzfelder.** Mit 10 Textabbildungen. Preis etwa M. 26,—

Die Reichseisenbahnen. Gedanken und Vorschläge zur Finanzwirtschaft und Organisation des deutschen Verkehrswesens. Von Regierungsrat **R. Quaatz** in Köln. Preis M. 2,40

Hierzu 10 % Teuerungszuschlag gem. den Bestimmungen des Börsenvereins der deutschen Buchhändler

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig